

Der Münchner Dolchstoßprozeß.

Pekinger Sollkonferenz.
Peking, 27. Okt. Die von der Sollkonferenz eingesetzte und aus den Delegationsführern bestehende Kommission hat heute vormittag das Programm der Arbeitsergebnisse durchgesprochen und die Einsetzung von drei weiteren Kommissionen beschlossen, von denen sich die erste mit der Sollautonomie Chinas, die zweite mit den für die Übergangszeit zu treffenden provisorischen Maßnahmen und die dritte mit den übrigen Fragen beschäftigen werden.

Marshall Wupefu hat eine neue Erklärung veröffentlicht, in der er Marshall Tschangtschin angreift und bringt die Einstellung der Sollkonferenz vor dem Vorwurf, daß neue Quellen nur Tschangtschin Vorteil bringen würden.

Die Lage in Chile.

Buenos Aires, 27. Oktober. Wie der hiesige „Macon“ aus Santiago gemeldet wird, ist die politische Lage in Chile als ernst zu bezeichnen.

Morokkokriegsbericht.

Paris, 27. Okt. Habes berichtet aus Rabat: Die allgemeine Lage ist gut. Im westlichen Frontabschnitt herrscht vollkommene Ruhe. Die Regimenter sind zum größten Teil in die Winterquartiere gezogen; einige bürsten nach Algerien transportiert werden. Zwei Reiterregimenter sind nach Oran transportiert worden. Die feindlichen Truppenteile werden demnächst an die See in Marsch gesetzt, um für die Heimfahrt einzuschiffen zu werden.

Die Finanzierung der englischen Kommunisten.

London, 27. Okt. Bei den Verhandlungen gegen die stößig fürchteten Kommunistenführer, die vor dem Polizeibericht wieder aufgenommen wurden, wurden, wie Steuter meldet, von der Polizei Beweise dafür vorgelegt, daß die kommunistische Zentrale für England sich schriftlich in Moskau und bei der Berliner Vertretung der Moskauer Internationalen beschwerte, daß sie die ihr versprochenen Geldmittel nicht erhalten hat und vergebens wartete.

Erfolge des Faschismus!

Rom, 27. Okt. Mussolini hat anlässlich der bevorstehenden Dreijahrfeier der faschistischen Herrschaft ein Manifest erlassen, in dem er auf die Erfolge dieser drei Jahre hinweist, nämlich auf die Vernichtung des alten demokratisch-liberalen Systems, auf die Grundlegung zum faschistischen Staat durch ein organisches System von Führern und endlich auf das Ultimum der großen Werke während dieser Zeit für das Reich. Darum müsse man fortfahren, auf den bestrittenen Wegen. Die Legionen müssen sich immer eiserner zusammenschließen, immer disziplinierter und wenn es nötig ist, gegen alle stehen. An die italienischen Vertreter im Auslande ist der Befehl ergangen, in den italienischen Schulen den 28. Oktober als Festtag zu begehen.

Zusammensetzung des neuen schweizerischen Nationalrates.

Bern, 27. Okt. Der neu gewählte schweizerische Nationalrat weist folgende Zusammensetzung auf: Sozialdemokraten 49 (bisher 48), Kommunisten 8 (2), Sozial-politische Gruppe 3 (3), Freisinnige und Demokraten 60 (58), Katholische Konervative 42 (44), Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei 8 (10), Parteilose 3 (4).

Frühstück zu Ehren Macdonalds.

Berlin, 27. Okt. Zu Ehren Macdonalds gab der Reichsminister des Auswärtigen heute ein Frühstück, an welchem u. a. der englische Botschafter, der Reichslandrat a. D. Marx, die Minister a. D. Koch, Scholz und Müller-Franken, sowie die Abgeordneten Wels und Drewitz, ferner führende Vertreter der Wirtschaft und eine Anzahl hoher Beamten des Auswärtigen Amtes teilnahmen.

Bunte Zeitung.

Das Würmchen im Allohol. Im „Simpl.“ finden wir folgendes hübsche Geschichtchen: Von der vorgesetzten Behörde erging an die Pfarrer die Weisung, in Predigten und Vorlesungen auf die Schädlichkeit des Allohols hinzuweisen. Ein alter Landpfarrer, der bei seinem Schäflein nicht gerade im Verdacht der strengsten Alkoholenz stand, entledigte sich seiner Aufgabe überaus anschaulich. Bei einer Gemeinbevölkerung demonstrierte er die „ödliche“ Wirkung des Allohols auf folgende Art. Er legte ein Würmchen in ein Glas Wasser, wobei seine staunenden Zuhörer bestört darauf hin, wie Lebensfröhlich sich der Wurm im klaren Wasser bewegte — ein erhebender Beweis für die Gefährlichkeit des klaren Wassers. Darauf legte er den Wurm in ein Gläschen mit Wacholder und fuhr fort: „Seht, noch schwimmt er oben; schon främmt er sich in Schmerz und Tod, und jetzt — jetzt sinkt er tot zu Boden. Kann man die Schädlichkeit des Allohols noch besser beweisen?“ Alle nickten bestätigend. Da ertönte eine Stimme aus dem Hintergrund: „Herr Pastor, könne Sie mir nicht sagen, woher Sie den Wacholder beziehen? Ich hab so viel mit Würmern zu schaffen!“

Die Klage gegen den Lebensretter.

Vom Beispiel für das Rechtsempfinden des Volkes erzählt Joseph Weigert in „Des Volkes Denken und Reden“ die folgende Geschichte:

Ein Urm der Bildau bei Tondern führt den Namen Renzau von dem kleinen Dorf Renz. Wo die Ufer steil sind, fiel einmal ein Mann hinein, und er wäre ertrunken, wenn nicht einer, der in der Nähe arbeitet, sein Geschrei gehört hätte und herbeigeeilt wäre; er hielt ihm eine Stange entgegen und der Mann half sich dann heraus, stieß sich jedoch ein Auge dabei aus. Darum erschien er am nächsten Thing (Verhandlung), verklagte seinen Retter und verlangte von ihm Buße für das verlorene Auge. Die Richter wußten nicht, was sie aus der Sache machen sollten, und verschoben sie auf das nächste Thing, um sich inzwischen zu beschauen. Über das nächste Thing war schon da und der Har-

schrift über die Kriegsschäden geschrieben hat. Er forderte nicht nur die Unregierung ganz Belgien, sondern auch die Unregierung von Ost- und Westfrankreich bis zur Linie Belfort—Spinal, Rouen—Barbu—Charleville, Saint Quentin—Unter Lauf der Somme bis zum Armentier. Das Land sollte ohne Bewohner übergeben werden. Die Einwohner der abgetretenen Landstriche sollten von Frankreich anderwo untergebracht und ansiedelt werden. Zu diesen Maßnahmen kamen die Angriffe gegen die Regierung, die sich nicht mit den Kriegszielsetzungen der Alldeutschen identifizieren konnte. Die Heimat fühlte, daß unverantwortliche Kräfte am Werk seien, Deutschland für phantastische Blüte ins Verderben zu bringen. Dazu kamen die vielen Beleidigungen in der Erziehungswirtschaft: „Vom Kommerzienrat bis zur Ratsfrau haben alle gewusst.“ Die Arbeiterschaft wußte ferner, daß Stahl und Eisen, Kriegsmaterial gegen Deutschland, ins Ausland transportiert wurde.

Als im Zusammenbruch Prinz Max von Baden die Annahme des Auflages zur Kabinettswahlung von dem Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung abhängig machte, wurden bei uns Stimmen laut, es sei doch alles verloren. Der verstorbene Reichspräsident Ebert kam von einer Besprechung mit der Reichsregierung, wo Major von dem Suden namens der Obersten Heeresleitung Wissenslau über die Lage gegeben hatte. Ebert hatte ein Schluchzen in der Stimme, als er sagte: „Euer Standpunkt ist falsch. Wie ihr sprecht, spricht ein Spießer. Das ist unmöglich eines Sozialdemokraten. Wir müssen in die Regierung hinein, dann vielleicht können wir noch retten.“

Rechtsanwalt Graf Pestalozza gibt für seinen Mandanten folgende Erklärung ab:

„Die Süddeutschen Monatshefte haben in den beiden Dolchstoßheften in gar keiner Weise die Mehrheitssozialdemokratie als solche wegen ihrer vaterländischen Haltung angegriffen. Die von der Rédaction zu vertretenden Veröffentlichungen dieser beiden Hefte geben klar zu erkennen, daß der USPD eine vaterländisch-haltung vorgenommen wird.“

Rechtsanwalt Hirschberg: Hier ist ein Wendepunkt unseres Prozesses. Die Gegenpartei gibt nun mehr zu, daß das, was sie über die Führung des SPD. gesagt hat, nicht aufrechtzuerhalten ist.

Sachverständiger Oberst a. D. Schwertsger: Könnte die mehrheitssozialistische Partei am 8. und 9. November die Revolution noch verhindern?

Rechtsanwalt Hirschberg: Das war ganz unmöglich. Wir galten damals geradezu für das konservative Element. Im Reichstage bestürmten uns die Vertreter aller Parteien, in die Bresche zu springen. Damals erschien ein später in anderer Richtung sehr bekannter Mann und stellte sich namens des ostpreußischen Grundbesitzes der sozialdemokratischen Regierung zur Verfügung. Dies wäre ihm um so leichter, da er nie Nationalist, sondern nur Nationalmonarchist gewesen sei. Dieser Mann war Generalstaatssekretär Kapp.

So geht der heutige Tag mit zwei schweren Niederlagen der Cohnmann-Partei zu Ende. Die Cohnmann-Partei hat ihre Verteidigung gegen die Wehrheit der Sozialdemokratischen Partei in aller Form preisgeben müssen. Und sie ist ihren Behauptungen gegen Eisner jeden Beweis schuldig geblieben.

Heute nachmittag wurde der Führer der bayerischen Sozialdemokratie, Landtagsabgeordneter Oberhard Auer, verhaftet. Auer stellte historisch den Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei von ihrer Gründung an zu der Frage der Landesverteidigung dar und erklärte, daß die Partei niemals von diesem Standpunkt abgewichen sei. Die Verschärfung der Stimmung in Heimat und Heer ist nicht zum wenigsten auf die Opposition der Obersten Heeresleitung gegen den Verständigungsfrieden zurückzuführen. Tragikomisch Klingt, was damals der Führer der Alldeutschen Heinrich Klaff in einer Denkschrift

schrieb über die Kriegsschäden geschrieben hat. Er forderte nicht nur die Unregierung ganz Belgien, sondern auch die Unregierung von Ost- und Westfrankreich bis zur Linie Belfort—Spinal, Rouen—Barbu—Charleville, Saint Quentin—Unter Lauf der Somme bis zum Armentier. Das Land sollte ohne Bewohner übergeben werden. Die Einwohner der abgetretenen Landstriche sollten von Frankreich anderwo untergebracht und ansiedelt werden. Zu diesen Maßnahmen kamen die Angriffe gegen die Regierung, die sich nicht mit den Kriegszielsetzungen der Alldeutschen identifizieren konnte. Die Heimat fühlte, daß unverantwortliche Kräfte am Werk seien, Deutschland für phantastische Blüte ins Verderben zu bringen. Dazu kamen die vielen Beleidigungen in der Erziehungswirtschaft: „Vom Kommerzienrat bis zur Ratsfrau haben alle gewusst.“ Die Arbeiterschaft wußte ferner, daß Stahl und Eisen, Kriegsmaterial gegen Deutschland, ins Ausland transportiert wurde.

Der Vorsitzende fordert nun den Zeugen auf, sich zu der Behauptung der Süddeutschen Monatshefte zu äußern, Eisner habe in der Zeit vom 25. September bis 15. November 1918 184,7 Millionen Mark aus dem feindlichen Ausland zur Vorbereitung und Durchführung der Revolution bezogen.

Der Zeuge Auer, der zu Eisner in starkem und sachlichem politischen Gegensatz gestanden hat, erklärt, diese Behauptung Cohnmanns für eine Art von Leichenschändung. Eisner habe nie Geld gehabt. Ende Oktober 1918, als Eisner gegen Auer bei der Nachwahl zum Reichstag in München für die USPD. kandidierte, hat er ihn durch einen Mittelsmann um Geld gebeten, damit seine Familie etwas zu essen habe. Auch nachdem Eisner Ministerpräsident geworden war, hatte er kein Geld. Um zur internationalen Sozialkonferenz nach Bern zu fahren, ließ er sich einen Vorschuss geben, und als die Wahlen zur bayrischen Nationalversammlung im Jahre 1919 zu ungünstigen der USPD. ausgeschlagen waren, trat Eisner an Auer heran, man müsse sich einigen, und führte begrüßend u. a. an, er wisse nicht einmal, wie er die Wahlosten bezahlen solle.

Vom Verteidiger des Beflagten aufgefordert, ihrerseits den Beweis für die ungeheurelichen Behauptungen über Eisner zu führen, weigerte sich die Cohnmann-Partei, wie sie es euphemistisch nennt, „über ihr Beweismaterial Auskunft zu geben.“

Rechtsanwalt Hirschberg gibt nun seinerseits über die Art, wie die Cohnmann-Partei vergeblich versucht, sich Beweismaterial zu verschaffen, Auskunft.

Etwa acht Tage vor dem Erscheinen des betreffenden Dolchstoßheftes, Ende April 1924, hätten die Süddeutschen Monatshefte durch große Inserate in den Münchener Tageszeitungen ver sucht, sich Material zu verschaffen. Obgleich also Nähres nicht vorlag, hat Professor Cohnmann in den Süddeutschen Monatsheften seine Behauptung gegen den erworbenen Ministerpräsidenten Kurt Eisner vorgebracht.

Cohnmann und sein Rechtsrat, Rechtsanwalt Graf Pestalozza, bemühen sich, die unumstöndlichen Behauptungen der Süddeutschen Monatshefte mehr als Hypothese und Vermutung hinzustellen.

Ein Gedenktag der preußischen Handelslotto. Vor genau 100 Jahren, im Herbst 1825, vollzogenen preußische Handels schiffe zu meiste Male als solche die Umsegelung der Erde, was vorher die Fahrzeuge seines deutschen Staates gewagt hatten. War die preußische Flagge bisher höchstens in englischen und französischen oder spanischen Häfen gelehnt worden, so wehte sie jetzt in Ost- und Westindien, in China und Südamerika. Es war das Verdienst des preußischen Staatsmannes Christian Roth, der im Jahre 1817 die Leitung der Seehandlung übernommen und sie zu einem großen Geld- und Handelsinstitut umgeschaffen hatte; ihre Schiffe, zum ersten Mal seitdem erbaut, sind es gewesen, welche die preußische Flagge in alle Welt hinaustrugen und den erfolgreichen Wettbewerb insbesondere der deutschen Hansastädte hervor riefen.

Er will nicht mehr Wilhelm heißen! Wie dem „Tägl. Correspond.“ aus Stockholm geschrieben wird, hat der dänische Justizminister Steincke nun mehr eine Bekanntmachung erlassen, laut der er den Namen Wilhelm in der Taufe als dritten Namen empfing, in Zukunft weg lassen wird; in den amtlichen Aufzeichnungen werden nun noch seine beiden übrigen Vornamen, Karl Kristian, zu finden sein. Herr Steincke, der seiner sozialen Gestaltung gewiß auf keinen Fall einen Vornamen mit dem früheren deutschen Kaiser gemeinsam haben will, wird läufig daher K. K. Steincke heißen und bedroht jeden mit seinem Born, der ihn tatsächlich Karl Kristian Wilhelm Steincke anzureden sich erlaubt hätte. Die bürgerliche Presse macht sich darüber nicht wenig lustig.

Strafbare Belästigung von Damen auf der Straße. Wie aus Stockholm geschrieben wird, bedroht die schwedische Regierung, eine neues Strafgesetz zum Schutz der Damen, durch das jeder unter Strafe gestellt wird, der auf Straßen und öffentlichen Plätzen sich Damen in zudringlicher Weise nähert, sie mit unpassenden Reden oder anderswie, als guten Sitten verlebende Weise belästigt. Ein solches Gesetz wurde von der schwedischen Öffentlichkeit schon lange fordert und wäre auch andern Ländern zur Nachahmung zu empfehlen.